

Nie wieder Krieg!?

Bundeswehr wird zur Interventionsarmee

Vor und während des Irakkriegs präsentierten sich die Regierungen von Frankreich und Deutschland im Gegensatz zu den USA mit einer scheinbaren Antikriegshaltung. Diese Friedensrhetorik war aber nur Ausdruck von anders gelagerten ökonomischen Interessen im Irak, nicht Ergebnis einer pazifistischen Haltung. Schon die Beteiligung am NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien hat gezeigt, dass Deutschland bereit ist, seine politischen und wirtschaftlichen Interessen auch mit militärischen Mitteln rücksichtslos durchzusetzen. Auch beim Irakkrieg war die Bundeswehr u. a. mit AWACS-Aufklärern, ABC-Spürpanzern, Kriegsschiffen und der Bereitstellung von Flughäfen mit dabei. Kurz nach Beginn der Invasion im Irak setzte sie offen auf einen schnellen Sieg der USA. SPD-Generalsekretär Scholz: »Die Verei-

in den nächsten 15 Jahren rund 110 Milliarden Euro verschlingen soll. Ein Kernstück ist das neue Transportflugzeug Airbus A 400 M. Neue gepanzerte Transportfahrzeuge und Schützenpanzer sollen damit an jeden Ort der Erde transportiert werden können. Weitere Neuanschaffungen sind neue Raketen, neue Kriegsschiffe, mit denen man von See aus Landziele angreifen kann, neue Kampfhubschrauber, Kampfdrohnen und Marschflugkörper. Außerdem sollen europäische Aufklärungssatellitensysteme und das Navigationssatellitensystem Galileo die EU von den USA unabhängig machen.

Auf deutsch-französischen Druck hin soll die EU zu einem weltweit operationsfähigen Militärbündnis ausgebaut werden, das in der Lage ist, den USA Konkurrenz zu machen. Dafür wurden auf dem EU-Gipfel

Pro Köln und pdst

Faschistische Gesinnung im Biedermannskostüm

Seit einigen Jahren versuchen die »Bürgerbewegung pro Köln« und ihre studentische Ablegerin »Plattform demokratischer Studenten« (pdst) mit dem Image einer »bürgerlichen« Vereinigung AnhängerInnen für ihre faschistische Gesinnung zu gewinnen.

In letzter Zeit ist sie vor allem durch die Organisation von Neonazi-Demonstrationen wie im März 2003 in Mülheim und Chorweiler oder später gegen ein Flüchtlingswohnheim in Poll in Erscheinung getreten.

Gegründet wurde »pro Köln« 1996 von bekannten Nazi-AktivistInnen wie Manfred Rouhs und Markus Beisicht, die bereits in den Achtzigerjahren als Organisatoren des faschistischen »Rings Freiheitlicher Studenten« an der Kölner Universität präsent waren und Anfang der Neunzigerjahre in der »Deutschen Liga für Volk und Heimat« ihr braunes Gedankengut verbreiteten.

»Pro Köln« versucht sich in der Außenwirkung bürgerlich-konservativ zu geben. Mit Phrasen wie »offensives City- und Veedel-Marketing« oder »Ausbau des Kölner Autobahnring« versuchen sie, mittelständische Geschäftsleute anzusprechen. Oder sie bemühen sich, sich an bereits vorhandenen rassistischen und sozialdarwinistischen Diskursen der bürgerlichen Mitte zu beteiligen, die ihren Ausdruck z. B. in der Kampagne der Bürgerinitiative KaFor gegen den Bau einer forensischen Klinik finden.

»Pro Köln« hat in den letzten Jahren vor allem versucht, mit Flugblättern und Demonstrationen Stimmung gegen den Bau von Moscheen und gegen den Straßenstrich in Longerich zu machen. Dabei zeigte sich aber auch, wen »pro Köln« als Bündnispartner sieht: Vor allem Mitglieder der militanten Neonaziszene beteiligten

sich an den von »pro Köln« organisierten Demonstrationen.

Ihr wahres Gesicht zeigt sich auch in den Veröffentlichungen ihrer »Plattform demokratischer Studenten«, wenn dort gegen die »auf deutschem Boden operierenden internationalen Banken und Großkonzerne der amerikanischen Ostküste« – ein typisches antisemitisches Klischee – gewettert wird. In klassischer nationalsozialistischer Manier reduzieren sie den Kapitalismus auf das »heimatlose Finanzkapital«, um demgegenüber das Bild des positiven »schaffenden (deutschen) Kapitals« zu stellen.

»Pro Köln« und »pdst« bewegen sich unter einem bürgerlichen Deckmäntelchen, sind aber eindeutig faschistische Organisationen, denen entschieden entgegenzutreten ist, um ihren braunen Parolen keinen Raum zu geben.



»Es war niemals einfacher, Deutschland zu erobern.« Germanwings-Reklame. Foto: Raphaela Häuser

nigten Staaten und Großbritannien sind und bleiben unsere Verbündeten. Ihnen wünschen wir viel Erfolg«.

Daneben »schützen« deutsche SoldatInnen u. a. in Kenia, Georgien, der Türkei, Dschibuti, Usbekistan, im Golf von Aden, im Kongo, im Kosovo, in Mazedonien und Afghanistan deutsche Interessen. 14 Jahre nach dem Fall der Mauer ist die deutsche Außenpolitik endgültig in der Normalität eines kapitalistischen Staates angekommen. Im Mai 2003 erließ Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) dazu passende neue Verteidigungspolitische Richtlinien. Danach stehen bei der Bundeswehr künftig »Einsätze zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung (...) auch über das Bundesgebiet hinaus, im Vordergrund«. Als zu verteidigende »lebenswichtige Interessen« wird in den Richtlinien erwähnt, dass »die deutsche Wirtschaft aufgrund ihres hohen Außenhandelsvolumens und der damit verbundenen besonderen Abhängigkeit von empfindlichen Transportwegen und -mitteln« besonders verwundbar sei und sich somit »Verteidigung geographisch nicht mehr eingrenzen« lässt.

Hierfür wird die Bundeswehr umfassend umgestaltet. Für die Konfrontation mit der ehemaligen Sowjetunion war noch eine Wehrpflichtigenarmee nötig. Jetzt soll für weltweite Interventionen eine Berufsarmee entstehen. Die so genannten Krisenreaktionskräfte sollen auf 150 000 SoldatInnen ausgebaut werden, um »zwei Operationen gleichzeitig« führen zu können. Dazu kommt ein Rüstungsprogramm, das

in Thessaloniki im Juni 2003 die Weichen gestellt und eine Militärstrategie verabschiedet. Die Schnelle Eingreiftruppe der EU soll ab Ende 2003 einsetzbar sein. Die Bundeswehr ist mit 18 000 von 80 000 SoldatInnen an ihr beteiligt. Der Kriegseinsatz im Kongo war ein Testlauf für die EU-Armee, für den die Bundeswehr 350 SoldatInnen stellte.

Auch die NATO definiert ihre Aufgaben neu. 2002 wurde die Aufstellung einer 21 000 SoldatInnen starken Eingreiftruppe der NATO beschlossen, die vorwiegend aus Sondereinsatzkommandos bestehen soll. Auch hier ist die Bundeswehr mit dem Kommando Spezialkräfte beteiligt, das zurzeit in Afghanistan bei geheimen Killereinsätzen aktiv ist.

Die Alternative Liste hat sich 2003 für Antikriegsaktivitäten an der Hochschule, in Köln und bundesweit engagiert. Wir haben zu den großen Friedensdemonstrationen aufgerufen und mobilisiert, haben uns an Sitzblockaden vor Militärstützpunkten beteiligt (z. B. am Fliegerhorst Köln-Wahn), haben Veranstaltungen z. B. zum Irakkrieg und zu den Verteidigungspolitischen Richtlinien durchgeführt. An all diesen Aktivitäten blieb der Unabs-Juso-LUST-ASTa unbetätigt. Er boykottierte studentische Friedensinitiativen und ignorierte Anti-Kriegs-Beschlüsse des StudentInnenparlaments. Symptomatisch ist eine Aussage der LUST in ihrem Wahlinfo: »Keine LUST auf Stellungnahmen (...) die niemanden interessieren, z. B. gegen Kriege der Amerikaner.«

Bernd Göting

Der Mensch als Rohstoff

Aufweichen des Lebensrechts durch Bioethik und Gentechnik

Gen- und Reproduktionstechnologien bieten die Möglichkeit, die Grenzen der Verwertung des Menschen zu erweitern und ihn selbst, seinen Körper und menschliche Körperteile wie Zellen oder Teile seines genetischen Codes direkt zur Rohstoffquelle und zum Produktionsmittel zu machen. Die Ware Mensch soll zum Beispiel als Pharmafabrik genutzt werden, als Lieferant für hochwertige Embryonen, die als Ersatzteillager für Organe benutzt werden können.

Die Nutzung des menschlichen Körpers als Rohstoff setzt voraus, dass die universellen Menschenrechte und die bisherige Menschendefinition aufgeweicht und beseitigt werden. Menschenrechte sind ein Hemmnis für die schrankenlose Verwertung. In ihnen werden alle Menschen unabhängig von ihrer subjektiven und biologischen Verfasstheit als Wesen definiert, die unveräußerliche Würde und Selbstbestimmung besitzen.

Mithilfe von »bioethischen« Konstruktionen soll die Einzigartigkeit der Menschen als bildungs- und lernfähige soziale Wesen, als TrägerInnen von Rechten, von Gleichheits- und Versorgungsansprüchen, von Emanzipationswünschen und -potenzial eingeebnet werden. Für den gentechnischen Zugriff wäre ein Bild vom Menschen ideal, das ihn auf das Biologische reduziert, angeblich allein durch Gene determiniert und in Gene zerlegbar sei, und in dem seine sozialen Fähigkeiten geleugnet werden. Darum wird überall an der antihumanen Relativierung des jetzigen, noch gültigen Menschenbildes gearbeitet.

Das geschieht auf juristischem Gebiet, zum Beispiel durch die Bioethikkonvention der EU, die so genannte fremdnützige Forschung an »nicht einwilligungsfähigen« PatientInnen erlaubt – eine Umschreibung für medizinische Menschenversuche beispielsweise an Behinderten oder Kompatiblen. In den Niederlanden wurde die »freiwillige« Euthanasie legalisiert. Die FDP bemüht sich um eine ähnliche Regelung in der BRD.

Bundestag und EU-Parlament haben die Freigabe von »verbrauchender« Embryonenforschung und der Forschung mit menschlichen Stammzellen beschlossen – an der Universität Köln findet sie zum Beispiel am Institut für Genetik statt.

Behinderte und chronisch Kranke werden als defekte RessourcenverbraucherInnen definiert. Die Armutsbevölkerung gilt als überflüssig. Um dieses zu legitimieren, entstand die Pseudowissenschaft der »Bioethik«. Ihr prominentester Vertreter ist der australische Euthanasiephilosoph Peter Singer, der behinderte Neugeborene als »menschliches Gemüse« titulierte. In allerlei Ethikkommissionen tummeln sich auch Angestellte der Kölner Universität, wie z. B. Christiane Woopen (Medizinische Fakultät). Die Universität bietet BefürworterInnen einer schrankenlosen und profitorientierten Anwendung von Gentechnik und Menschenmanipulation wie zum Beispiel Wirtschaftsminister Wolfgang Clement immer wieder Gelegenheit zu »Festvorträgen« und Auftritten.

Auch im Alltag der Menschen, in ihrer Wahrnehmung von sich selbst sollen bioethische Leitbilder stärker verankert werden, beispielsweise durch die an der Universität Heidelberg entwickelte Leichenschau Körperwelten, in der tote menschliche Körper zu spektakulären Ausstellungsstücken arrangiert werden.

Das individuelle Recht auf Leben soll immer mehr in direkten Bezug zur Gesundheit und Leistungsfähigkeit der einzelnen Menschen gesetzt werden. Der »Wert« des Lebens eines chronisch Kranken soll als geringer angesehen werden als das eines fitten, konsumfähigen Besserverdienenden. Konsequenterweise führt dies auch zu eugenischen Maßnahmen: Durch vorgeburtliche Diagnostik wird ein Qualitätsurteil über Embryonen möglich – bei unerwünschten Eigenschaften wie zum Beispiel Dispositionen zu Krankheiten wird zur Abtreibung gedrängt.

Ein Grundirrtum der vorherrschenden Richtungen in der Medizin, der Biologie und immer mehr auch der Sozialwissenschaften ist die Annahme, dass menschliche Fähigkeiten und menschliches Bewusstsein nach einem genetisch festgelegten Plan reifen würden. Nach diesen Vorstellungen sei die menschliche Persönlichkeit nur in geringem Maß durch soziale Eigenschaften geprägt. Die Bioethik zeichnet auf dieser Basis ein antihumanes Menschenbild von defektbehafteten, minderwertigen, fremdzubestimmenden Wesen. Sie ist damit auch gegen klassisch huma-

nistische Vorstellungen von Menschenwürde, Selbstbestimmung und (formaler) Gleichheit gerichtet.

Die Anwendung der Gentechnik zieht auch in anderen Bereichen gefährlich soziale und ökologische Folgen nach sich. So sind einmal freigesetzte genmanipulierte Pflanzen oder Mikroorganismen nicht mehr rückholbar. Gentechnik überspringt Artgrenzen (zum Beispiel wurden Skorpiogene in Kartoffeln eingebaut) und kann zu völlig unerwarteten Gefährdungen wie beispielsweise tödlichen Allergien führen. Trotzdem wird an diesen destruktiven Anwendungen festgehalten, weil die Gentechnik für einige wenige Konzerne wie Monsanto oder BAYER einen neuen, lukrativen Markt schaffen soll. Denn durch die Patentierung von pflanzlichen, tierischen und menschlichen Genen ist eine Monopolisierung von Gen-Produkten wie Saatgut oder Medikamenten möglich.

Die Gentechnik erhält durch die Landesregierung in NRW nach wie vor eine großzügige Förderung zu Lasten anderer Wissenschaftszweige: So soll eine Reihe der an der Universität Köln durch den berühmten »Qualitätsakt« gestrichenen ca. 150 Stellen an Gentechnik-Fachbereiche umverteilt und dieser Forschungszweig an der Universität Köln ausgebaut werden. Allein in der Stadt Köln werden mehrere Millionen Euro Forschungsgelder für die Subventionierung von Projekten, wie dem Rechtsrheinischen Technologiezentrum in Köln-Kalk (RTZ) ausgegeben.

Die Alternative Liste fordert die Einstellung der Förderung der Gentechnik durch öffentliche und private Mittel. Wir beteiligen uns an den Aktivitäten von ökologischen Initiativen, Umweltverbänden, BäuerInnen, Bioethik-KritikerInnen und kritischen WissenschaftlerInnen und von Behindertenorganisationen gegen den Gentechnik-Boom. Wir kritisieren die inhumane Verwertung des Menschen als »Biomasse« und setzen uns mit Themen auseinander wie der als Sterbehilfe getarnten Euthanasie alter und kranker Menschen, der neuen Behindertenfeindlichkeit und der versuchten Einteilung der Menschen in »lebenswerte« und »unwerte« Wesen.

Ein linker ASTa mit AL-Beteiligung würde auch wieder das vom Uni-ASTa abgeschaffte Biopolitikreferat einführen.



Özgür Demirel
(Listenplatz 20)
DIDF



Sonja Reuschel
(Listenplatz 95)
Fachschaft
Geistigbehinderterpädagogik
(GB)



Cemal Aslan
(Listenplatz 2)
Türkischer
Studierendenverband TÖB,
Linke an der
WiSo



Mareike Hüttmann
(Listenplatz 56)
Stlv HF,
Fachschaft
Diplom-
(heil)pädagogik